

Herborner Tageblatt.

Zeitung für Dillkreis und Westerwald. Amtsblatt der Stadt Herborn.

Erscheint an jedem Werktage.
Bezugspreis: Vierteljahr 3.— M.
ohne Bringerlohn.

Druck und Verlag
J. M. Beck'sche Buchdruckerei
Otto Beck.

Inserate: Kleine Pettizeile 20 Pfg.
Zerzurf: Nr. 20.
Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 17518.

Nr. 281.

Samstag, den 30. November 1918.

75. Jahrgang.

Der Süden.

Das „Capua des Südens“ nannte einst August Debel die bayerische Hauptstadt, als sie ihm in Herrn v. Bollmar einen Parteigenossen in die Fraktion sandte, der in diesen Fragen ruhiger und gemäßigter dachte als der heißblütige Drechslermeister aus Leipzig, der im Grunde ein recht vernünftiger Mann war und vor allem den Radikalismus der Worte auf den Tod nicht leiden konnte. Damit wollte er sagen, daß in München sich schon die weichen Einflüsse des deutschen Südens auf Gemüthsart und Gemüthsart der Menschen, auch der revolutionären Genossen, bemerkbar machten, ebenso wie im südlichen Italien die Leute mehr auf behaglichen Lebensgenuss als auf Kampf gegen Unterdrückung und Ausbeutung gestimmt seien — im Gegensatz zum Norden, wo der unverfälschte Klassenkampf zu Hause sei. Herr v. Bollmar wußte diese kleine Strafrede mit Summ über sich ergehen zu lassen. Und heute?

Heute schreit aus München der erste Fehdebrief gegen das Reich nach Berlin. Herr Eisner macht nicht mehr mit, er bricht jeden Verkehr mit den gegenwärtigen Vertretern des Auswärtigen Amtes ab, solange diese nicht zu allem Ja und Amen sagen, was er tut; er hat sich — für Bayern zunächst — selbst zum Minister des Auswärtigen gemacht und hat schon Proben dafür abgelegt, daß und in welchem Geiste er auf eigene Faust mit fremden und mit feindlichen Mächten in Verbindung treten kann. Ihm ist es vor allem um Herrn Clemenceau zu tun, mit dem er durch seinen Vornamen Beauftragten, den bekannten Professor Roeder, Fühlung genommen hat. Er hat es sich in den Kopf gesetzt, alle Schuld am Kriege Deutschland aufzuladen in der schier unbegreiflichen Hoffnung, dann bei dem französischen Diktator mildere Bedingungen erwirken zu können. Ausgerechnet bei Georg Clemenceau! Von allen Seiten wird ihm vorgehalten, daß er einem ebenso schlauen wie rücksichts- und erbarmungslosen Manne in Gorn gegangen sei, daß doch schließlich seine eigenen Landsleute und Parteigenossen ein gewisses Mindestmaß von Vertrauen wenigstens beanspruchen könnten, wenn er es unternimmt, die Gegner so freigeigig zu wenden — Herr Eisner bleibt dabei, daß man in Berlin das deutsche Volk betrügen wolle und daß er deshalb lieber seine eigenen geben als sich in diesem Verbrechen mitthun lassen wolle. Und um das Maß voll zu machen, erhebt sich der Münchener Arbeiter, Bauer und Soldat und verlangt vom Berliner Soldatenrat die Vertreibung der Solf und Erzberger, der Ebert und Scheidemann aus ihren Ämtern, weil sie nichts anderes als Gegenrevolutionäre seien und also der Sache des Volkes im Wege ständen. In Berlin weht ja im Augenblick auch nicht gerade eine sehr milde Luft; mit Mühe nur läßt sich der Radikalismus der Unabhängigen und gar erst der Spartakusleute im Zaum halten, und unendlich viel Kraft und Zeit muß auf seine Bekämpfung verwandt werden, die sonst, bei einer besonnenen Haltung der Arbeiterschaft auf nützlichere Arbeit verwendet werden könnte. Aber mit der Stimmung in München verglichen, scheinen wir jetzt eher in der Reichshauptstadt ein Capua, eine Stätte der Ruhe und des Gleichmuths, zu haben. Das ist um so auffälliger, als Bayern sich sonst im allgemeinen durch eine sehr ruhige Volkshaltung auszeichnet. Daß das Volk, unter dem aufreizenden Einfluß der vier Kriegsjahre, seinen Charakter verändert, oder ist es nur der überragende Einfluß des Herrn Eisner, der gerade die sonst so gemüthliche Hauptstadt des Landes in ein so überaus wildes Fahrwasser gelenkt hat?

Darüber wird man erst klarer sehen, wenn feststeht, ob die Bayern auch jetzt noch zu ihrem Ministerpräsidenten von eigenen Gnaden halten wollen oder nicht. Er galt bisher als ein ziemlich vornehmer Idealist, ein Philosoph und Poet dazu, der sich nicht gerade durch hervorragenden Wirklichkeitsinn auszeichnet. Im Grunde seines Herzens eine Kindernatur, die keiner schlechten Lot fähig wäre. Die Bayern sind ihm ebenso reinen Herzens gefolgt — jetzt müssen sie aber doch wohl fragen, da sie sehen, in welchen Abgrund sie geführt werden sollen. Herr Eisner ist weder Arbeiter noch Bauer noch Soldat, er ist sogar nicht einmal in Bayern, sondern in Berlin geboren und kann unmöglich an der Klarheit tiefer Wurzeln geschlagen haben. Man darf deshalb erwarten, daß das Land ihm nicht unbefriedigt folgen wird. In Berlin schwankt man augenscheinlich noch, ob man den Mann so ernst und gewichtig nehmen soll wie er sich gibt, oder ob man ihn ruhig seiner eigenen Selbstüberschätzung überlassen kann. Die Entscheidung ist gewiß nicht leicht — angesichts der ungeheuren Gefahren, die uns von allen Seiten umdrängen.

Zu dem Vorgehen der Münchener Regierung schreibt der Vormärz, der wohl als halbamtlich bezeichnet werden darf:

Eisner hat damit einen Schritt getan, der der Reichsleitung ihre schwierige Lage gerade nicht erleichtert. Dr. Solf hat sich in bester Absicht in den Dienst der republikanischen Regierung gestellt, aber natürlich kann er nicht aus seiner Haut heraus und sieht die Dinge mit seinen Augen an. Als der Konflikt mit Eisner entstand, hat Solf sofort seinen Rücktritt an, aber den noch verhandelt wird. Warum von München aus der Bogen so überspannt wird, versteht man in Berlin nicht. Militärliche glauben sogar schon, Bayern wolle das Beispiel der Ukraine nachahmen und sich für den Preis der Reichsgerümpelung einen billigen Frieden erkauft. Dem steht die strikte Erklärung Eisners für die Erhaltung der Reichseinheit gegenüber. Wir glauben aber nicht, daß Eisner auf dem richtigen Wege ist, die Reichseinheit zu festigen und bessere Friedensbedingungen für Deutschland zu erreichen.

Rufe in der Regierung.

Berlin, 28. November.

Seit dem früh bannern die Beratungen im Kabinett über die durch das Münchener Vorgehen geschaffene Lage. Staatssekretär des Auswärtigen Dr. Solf, gegen den sich der Angriff des bayerischen Ministerpräsidenten in erster Linie richtete, hatte schon vor einigen Tagen seinen Rücktritt angeboten, blieb aber auf Bitten der Regierung einstweilen auf seinem Posten. Sein Rücktritt ist wahrscheinlich nur eine Frage von Stunden. Sehr schwierig ist aus der ganzen Situation heraus die Frage nach einem geeigneten Nachfolger. Jedoch auch das Verbleiben Scheidemanns und Erzbergers in der Regierung erscheint nicht gesichert. Ob die augenscheinliche Krise heute noch beendet wird, steht dahin.

Die deutsche Nationalversammlung.

Bedrohung der Wahlen.

Berlin, 28. November.

Nach einer Erklärung des Staatssekretärs des Innern Professor Brecht nimmt die Beratung des Reichswahlgesetzes einen günstigen Fortgang und die Verabschiedung des Entwurfs sei in den nächsten Tagen zu erwarten. Die technischen Schwierigkeiten, die man vielfach befürchtete, können heute als überwunden gelten. Auch die Wahlordnung, die ja allerdings von weniger ausschlaggebender Bedeutung ist, wurde bereits im Entwurf fertiggestellt. Unmittelbar nach der Annahme des Reichswahlgesetzes durch die Regierung soll der Wahltermin anberaumt werden. Bedenken könnten noch die Tatsache veranlassen, daß unsere Heere im Osten und ebenso auch die Armee Maschinen noch nicht zurückgeführt sind und der Zeitpunkt ihrer Heimkehr noch ungewiß ist. Aber auch der Wunsch, diese Hunderttausende von der Wahl zur Nationalversammlung nicht ausschließen, könnte durch besondere Maßnahmen berücksichtigt werden. Die neue Reichsverfassung, die als eine der ersten Vorarbeiten der Nationalversammlung unterbreitet werden müßte, werde ohne Zweifel bis zu ihrem Zusammentritt rechtzeitig fertiggestellt werden.

Holland und der Kaiser.

Keine Internierung Wilhelms II.

Haag, 28. November.

In Antwortung von Äußerungen der Entente, welche die Internierung des Kaisers in seiner Eigenschaft als Oberbefehlshaber der deutschen Armee fordern, hält die holländische Regierung ihre Auffassung aufrecht, nach welcher der Kaiser, nachdem er abgedankt habe, nicht mehr als Mitglied der Armee angesehen und demgemäß auch nicht interniert werden könne. Sie versichert, von dem Staatssekretär Solf eine Note erhalten zu haben, welche die Abkündigung mitteilt. Die holländische Regierung füge hinzu, sie überwache den Kaiser streng, so daß er das holländische Gebiet nicht verlassen könne.

In London erklärt man hierzu, die Annahme des Kaisers in Holland verfolge die holländische Regierung in eine heikle Lage, da der Kaiser nicht offiziell abgedankt habe und einen flagranten Mißbrauch der holländischen Gastfreundschaft begehe und dies verfolge die Alliierten in eine viel leichtere Lage gegenüber der holländischen Regierung. Man hoffe, daß Holland seine Auffassungen ändern werde, denn wenn die deutsche Regierung sich weigere, in die Auslieferung des Kaisers zu willigen, so könne man nicht sagen, was für eine Wendung die Dinge nehmen würden. Welt- und englische Diplomaten, daß ein Punkt der Tagesordnung der Friedenskonferenz die Erwägung der Position des Kaisers, des Kronprinzen und anderer Persönlichkeiten bilden werde mit der Absicht, sie wegen ihrer während des Krieges gegen das Völkerrecht begangenen Vergehen gerichtlich zur Verantwortung zu ziehen.

Im Rückmarschgebiet.

Die Ränder am Rhein sind ein einziges großes Marschgebiet für die heimkehrende Wehrarmee. Hunderttausende von Feldgrauen, begehrte Beute durch die Bevölkerung, durchziehen die Städte und Dörfer, die sämtlich prächtigen Schmuck zu Ehren unserer Tapferen, die so lange Jahre erfolgreich die Grenzen verteidigten, angelegt haben.

Die Parade der Garde.

Die preussische Garde ist ebenfalls am Rhein, und zwar in Koblenz gewesen, das sie in bester Mannesacht, bejubelt von den Einwohnern, passierte. Aus Koblenz wird darüber folgendes gemeldet:

In den ersten Kompanien sieht man noch die hochgewachsenen Gestalten alten Ansehens, und auch der Durchmarsch des Soldatenmaterials hebt sich deutlich ab von den Bindebteilungen, die sonst hier durchkommen. Die ganze erste Gardebataillon hat neue Uniformen vor dem Antritt des Rückmarsches erhalten. Sie macht in ihrer Haltung den besten Eindruck. Die Garde trägt Stahlhelme. Die Soldaten sind geschmückt mit grünen Zweigen und Blumen. Aus jedem Gewehrbauf erblüht ein Sträußchen mit einem Fähnchen in den Reichsfarben. Wie ist das zweite Gardebataillon zusammengekommen! Es zählt jetzt nicht mehr als 400 Mann! Das zweite Bataillon ist zusammengekommen in eine einzige kleine Kompanie von 80 Mann. Das Füsilierbataillon umfaßt nur etwa 150 Mann. Auf dem Clemensplatz hält der Gouverneur von Koblenz, Generalleutnant v. Schöler, ihm zur Seite der Kommandeur der ersten Gardebataillon, Generalmajor v. Jena, und nimmt den Vorbeimarsch ab.

Von Koblenz ist die Garde weitermarschiert, nach Trier, von wo der weitere Abtransport mit der Bahn erfolgt. Auch Berlin hat reichen Schmuck zum Empfang seiner Garnison angelegt.

In Erwartung der Feinde.

In den nächsten Tagen werden die Befehlstruppen der Entente nachrücken und das westliche Rheinland mit den Brückenköpfen besetzen. Die nachstehende Meldung zeigt, bereitet man sich bereits darauf vor.

Koblenz, 28. November.

Der Regierungsrath macht folgendes bekannt: Der Befehlstrupp ist im Verkehr mit dem Feinde ein ruhiges, angemessenes Verhalten zu empfehlen. Nur wenn sie dem Feinde mit deutschem Stolz begegnen, wird sie auch von ihm diejenige achtungsvolle Behandlung erfahren, auf die sie nach den Verdiensten unserer Truppen Anspruch hat. Jeder Mann, jede Frau muß die deutsche Ehre und Würde wahren.

Weiter wird amtlich bekanntgemacht, daß die deutschen Polizeitruppen in der neutralen Zone bleiben dürfen, jedoch behält sich das Oberkommando der Verbündeten das Recht vor, ihre Stärke zu bestimmen. Wegen Befassung der Gendarmen im Räumungsgebiet steht die Entscheidung noch aus. Wehrpflichtige deutsche Arbeiter und Beamten sind nicht zurückzuziehen. Arbeitskräfte haben an ihren Arbeitsstellen zu bleiben.

Eine Proklamation Fochs.

Der französische Oberbefehlshaber Foch hat von Saarbrücken aus eine Proklamation an die Bewohner des Saarreviers erlassen, in der es heißt:

Die im Augenblick in Kraft befindlichen Gesetze und Verordnungen werden von uns beibehalten, soweit sie nicht unsere Rechte und Sicherheit gefährden. Unter der Leitung und Aufsicht der Militärbehörden wird die Verwaltung weitergeführt. Die Beamten haben die Pflicht und werden aufgefordert, gewissenhaft und ehrlich die Ämter auszuüben, die ihnen übertragen sind. Die Gerichte werden in der Rechtsprechung fortfahren. Die Einwohner müssen sich jeder mittelbaren oder unmittelbaren feindseligen Handlung in Wort und Tat gegen die alliierten Behörden enthalten. Sie müssen den Requisitionen Folge leisten, welche ihnen dem Gesetz entsprechend auferlegt werden. Wer eines Vergehens oder Verbrechens als Anführer oder Mithäter überführt wird, wird sofort festgenommen und dem Kriegsgericht vorgeführt werden. Jede Widerstandshandlung gegen die Verfügungen, die der Befehlstrupp bekanntgegeben hat, und jede Gehorsamsverweigerung gegen die gegebenen Befehle werden streng bestraft.

Die Kundgebung ist unterzeichnet: Marschall von Frankreich, Oberkommandierender der alliierten Armeen, Foch, und wird vom Polizeidirektor Saarbrückens in französischem und deutschem Wortlaut der Bevölkerung zur Kenntnis gebracht.

Franszösische Posten in Baden.

Nach einer Meldung aus Rehl haben die französischen Truppen in Strassburg nun auch auf der badischen Rheinbrückenseite ohne Mitteilung von Gründen Posten aufgestellt. Deutsches und französisches Militär steht dort in dichter Nähe, tritt aber nicht in Verkehr miteinander. Auch aus anderen badischen Orten wird die Aufstellung französischer Posten auf der rechten Rheinseite gemeldet.

Verschiedene Nachrichten.

London, 28. Nov. 27 deutsche U-Boote kamen in Harwich an. Damit erhöht sich die Gesamtzahl der abgelieferten Boote auf 114.

Berlin, 28. Nov. Über die Stärke der feindlichen Befehlstruppen auf dem linken Rheinufer sind noch keine Bestimmungen getroffen worden.

Paris, 28. Nov. Die Kammer nahm eine Tagesordnung an, welche der Regierung das Vertrauen ausdrückt, daß sie von Deutschland die unverzügliche Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen verlangen wird, welche sich auf die Ernährung und Rückführung der Kriegsgefangenen beziehen.

Die verschärfte Blockade.

Protest der deutschen Waffenstillstandskommission. In der vom Vorsitzenden der deutschen Waffenstillstandskommission der internationalen Waffenstillstandskommission übergebenen Note wird Beschwerde geführt gegen die offenbar seit der Niederlegung der Waffen noch geübte Wertschätzung der See, womit ein Steigen der Lebensmittelpreise unabwendbar verbunden ist.

In der Note wird im einzelnen erklärt, daß Deutschland nach dem Wortlaut des Vertrages annehmen berechtigt war, daß alle in den Waffenstillstandsbedingungen enthaltenen Punkte erfüllt werden würden. Am 18. November sind sämtliche Viten um Willkürungen der Waffenstillstandsbedingungen zur See übergeben worden. Hieraus ist am gleichen Tage erwideret worden, daß diese Viten an die zuständige Stelle weitergegeben worden seien. Es sind bisher weder die erbetenen Vertreter, noch die Antwort auf die schriftlich gestellten Fragen eingetroffen. Die Erörterung der Fragen erduldet keinen Aufschub, da das deutsche Volk noch schlimmeren Hunger leiden muß als bisher, wenn ihm durch die Verschärfung der Blockade, die der Waffenstillstand gebracht hat, die geringen Zufuhren, die es während des Krieges noch hatte, entzogen werden und die Seefischerei unterbunden wird. In der Gefahr des Hungertodes mit allen ihren Folgeerscheinungen, tritt jetzt schon die große Gefährdung der öffentlichen Ordnung in allen Hafenstädten durch die Arbeitslosigkeit der Seefahrenden und Fischereibevölkerung.

Schließlich wird betont, es widerspreche dem Wesen des Vertrages, wenn bestimmte wichtige Punkte von der Verhandlung einseitig ausgeschlossen werden, während über alle anderen Punkte verhandelt wird. Besonders einseitig muß ein solches Verfahren bezüglich der Zufuhren und der Seefischerei erscheinen, da Deutschland weder willens, noch in der Lage ist, den Krieg wieder aufzunehmen.

somit also die Voraussetzungen für die harten Waffenstillstandsbedingungen nicht mehr vorhanden sind.

Die deutsche demokratische Partei an Wilson.

Durch Funkpruch wendete sich die neugegründete deutsche demokratische Partei an den Präsidenten Wilson. In dem Telegramm wird auf die unerhörte Rücksichtslosigkeit hingewiesen, mit der besonders von französischer Seite die Durchführung der ohnehin unerträglichen Waffenstillstandsbedingungen betrieben wird. Das müsse fürchterliche Verwirrung, Not, Arbeitslosigkeit und Anarchie herbeiführen. Wir ersuchen Sie, Herr Präsident, heißt es zum Schluss, nicht zu dulden, daß unser Volk von befreundeten Gegnern in unglückseliges Elend gestochen und die republikanische Freiheit im neuen Deutschland unter Trümmern begraben wird.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die Befehle der preussischen Ministerien ist nunmehr folgende: Handel: Fischel. Beigeordnete: Due (die zweite Stelle ist noch nicht besetzt). Krieg: Schell. Unterstaatssekretär: Göhre. Öffentliche Arbeiten: Hoff. Beigeordnete: Paul Hoffmann, Brunner. Inneres: Virch. Dr. Breitscheid. Beigeordnete: Eugen Ernst. Wissenschaft, Kunst und Volksbildung: Adolf Hoffmann, Sänisch. Finanzen: Dr. Südekum, Simon. Landwirtschaft, Domänen und Forsten: Braun, Hofer. Justiz: Dr. Rosenfeld, B. Seine.

Die Regierung wendet sich nachdrücklich gegen Eingriffe in die Pressefreiheit, wie sie mehrfach vorgekommen sind. Sie weist darauf hin, daß der Rat der Volksbeauftragten sofort bei Übernahme der Regierung vollkommene Pressefreiheit verkündet habe. Es ist deshalb unzulässig, daß von USA oder irgendwelchen anderen Stellen in die Pressefreiheit eingegriffen wird.

Über die Pläne der preussischen Regierung betreffend Kultur- und Schulfragen hat sich Minister Baerisch näher ausgelassen. Danach sollen alle freien Verufe, die in Zukunft nur noch vom Kultusministerium allein abhängen werden, fest umgeändert zu Worte kommen. Ferner sollen sowohl auf dem Boden der Hochschulen, als auf dem der mittleren und Volksschulen grundlegende Neuerungen eingeführt, vor allem das Privileg der Universitäten das weitgehendste Recht auf Professuren erhalten. In den nächsten Tagen schon wird ein Aufruf an die Schüler der obersten Klassen der höheren Lehranstalten erfolgen, in dem eine Mitwirkung an der Selbstausbildung und Selbsterziehung aufgefordert werden wird, denn, so meinte der Minister, unsere Zeit hat auch die Jugend zu Männern ausgebildet.

Über die Trennung von Kirche und Staat in Sachsen erklärt der sächsische Kultusminister, daß der Religionsunterricht in den Schulen vom 1. April 1919 ab eingestellt werden solle. Den Kirchen sollte das Recht, Kirchensteuern zu erheben, völlig und sofort entzogen werden; die politischen Gemeinden sollen kein Recht haben, die Kirchensteuern (auch nicht gegen Entgelt) mit den Staats- und Gemeindesteuern einzumischen.

Nach einem preussischen Erlass können auch weibliche Personen in Verwaltungsdeputationen bestellt werden, wenn sie die Voraussetzungen erfüllen, unter denen nach den geltenden Gesetzen männlichen Personen das Bürgerrecht zusteht. Inwieweit nach den bestehenden Bestimmungen der Besitz des Bürgerrechts für männliche Personen an Haus- und Grundbesitz, Einkommen oder Steuerzahlung geknüpft ist, sind bei verheirateten weiblichen Personen diese Voraussetzungen auch dann als vorliegend anzusehen, wenn sie bei dem Ehemann erfüllt sind. Im übrigen sind Steuerzahlungen, Einkommen, Haus- und Grundbesitz der minderjährigen oder in elterlicher Gewalt befindlichen Kinder der Mutter anzurechnen.

Osterreich.

Die konstituierende Nationalversammlung ist nunmehr auf den 1. März 1919 nach Wien einberufen worden. Die Wahl dazu wird auf einen Sonntag Ende Januar oder Anfang Februar ausgeschrieben werden. Die Wahl beruht auf dem Proportionalstimm mit gebundener Parteiliste. Insgesamt sind für alle Gebiete Österreichs 88 Wahlkreise vorgesehen mit 210 Mandaten, indem entsprechend der Bevölkerungszahl auf je 48 000 Einwohner ein Abgeordneter entfällt.

Großbritannien.

Wie in London bestimmt versichert wird, kann die Friedenskonferenz eher zusammentreten als angenommen wurde, da die Vorbereitungen schon weit fortgeschritten sind. Die englischen Friedensdelegierten und ihre Stäbe werden zwischen 450 und 600 Mann stark sein. Die Unterkünfte für sie werden binnen vierzehn Tagen vorbereitet sein. U. a. werden sich Lloyd George und Clemenceau während Clemenceaus Besuch in London über den Termin des Zusammentritts der Friedenskonferenz besprechen.

Italien.

Der Antrag der Sozialisten auf Einberufung einer Konstituante wurde von der Kammer abgelehnt. Schatzminister Nitti stellte die dringende Forderung auf, die Interessen der Bevölkerung unbedingt dem Gesamtinteresse unterzuordnen, um Katastrophen beim Übergang von der Kriegswirtschaft zur Friedenswirtschaft zu vermeiden. Aus demselben Grunde sei die sofortige Herabsetzung der Preise notwendig, wodurch große Ausgaben vermindert werden können. Den demobilisierten Soldaten werde nach einige Monate der Sold weiterbezahlt werden. Ein großer Nationalfonds soll für die Kämpfenden beschafft werden.

Polen.

Geradezu furchtbare Judenverfolgungen haben sich in Lemberg ereignet. Ungezählte Hunderte von Juden wurden ermordet. Einige hundert Juden führten in die Synagogen und verbarricadierten sich dort in der Hoffnung, daß die Wardenner vor dem Heiligtum Respekt haben würden. Die polnischen Legionäre erfuhren davon, umgingen das alte Gebetshaus und legten Feuer an. Während das Gebetshaus brannte, verhafteten zahlreiche Juden aus den Fenstern des Gotteshauses zu springen, um sich so zu retten. Aber, wer sich nur aus dem Fenster schwingen wollte, wurde von den unten wartenden Legionären niedergeschossen. Die Haupttäter sind polnische Legionäre.

Russland und Ausland.

Berlin, 28. Nov. Der unabhängige Sozialdemokrat Dr. Herzfeld, der im Reichstag den Wahlkreis Rostock vertrat, ist dem Staatssekretär des Innern, Professor Hugo Preuss, beigeordnet worden.

Berlin, 28. Nov. Die Reichsregierung hat beschlossen, daß alle politischen Archive, d. h. die des Auslandes

und des Militärarchivs und des Oberkommandos in den Marken unter die Obhut des Rates der Volksbeauftragten gestellt werden.

Berlin, 28. Nov. Staatssekretär David, der sich zurzeit in Wiesbaden befindet, ist schwer erkrankt.

Sasel, 28. Nov. Wie aus Madrid gemeldet wird, machen sich in ganz Spanien die Zeichen einer nahenden Umwälzung immer deutlicher bemerkbar.

Amsterdam, 28. Nov. England wird die Kohlenlieferung für die Schweiz und andere neutrale Länder übernehmen.

London, 28. Nov. Das neu gewählte englische Parlament wird am 21. Januar 1919 zusammentreten.

London, 28. Nov. Im Distrikt East-Rise wird Asquith als Gegenkandidat in die Witter des 1917 an der Front gefallenen Obersten Dore gegenübergestellt werden. Sie fordert die Einrichtung des Rathes.

Zeit- und Streitfragen.

Stimmen aus allen Parteien.

Spartakus gegen Ebert.

Das Organ des Spartakusbundes, das ist der Anhänger Karl Liebknechts, die Rote Fahne, beschuldigt den Volksbeauftragten Ebert des Hochverrats an der Revolution. Das Blatt beruft sich auf den Pariser „Temps“, der behauptet, daß Wilson die Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln von der Aufrechterhaltung der Ordnung in der neuen Republik abhängig gemacht habe auf Anregung der deutschen sozialistischen Regierung.

Schon mit dem Tage der Revolution — schreibt die Rote Fahne — hatte ja die deutsche Regierung begonnen, mit der Hungerpolitik Amerikas in den Blättern drohen zu lassen. Beschwerden und ohne Kommentar veröffentlichte sie am 14. November abends die folgende Note:

Die deutsche Regierung bittet den Präsidenten der Vereinigten Staaten, dem deutschen Reichskanzler dringlich mitzuteilen, ob er damit rechnen darf, daß die Regierung der Vereinigten Staaten bereit ist, ohne Zeitverlust Lebensmittel nach Deutschland zu schicken, wenn die öffentliche Ordnung in Deutschland aufrechterhalten bleibt und eine gerechte Verteilung der Lebensmittel verhängt ist.

Als die deutsche Regierung diese Note veröffentlichte, mußte jedermann und alle Welt annehmen, daß diese Bedingung nur eine auf härtestem Druck gemachte Konzession an die Gegner sei. Nun stellt sich heraus, daß Herr Ebert diese Bedingung den Gegnern angetragen hat.

Hieraus leitet das Blatt sechs Anklagepunkte gegen die Regierung Ebert-Scheidemann her und erwartet den Urteilspruch: „In den Orkus hinab! hinab!“ Der Vorwärts tut diesen Angriff kurz ab, indem er sagt, daß es sich hier „um einen aufgelegten Spartakus-Schwindel“ handle.

Die Gehälter im Volksrat.

Die Freiheit, das Organ der Unabhängigen schreibt, offensichtlich im Auftrage einer zuständigen Stelle:

Einige Tageszettungen haben die Nachricht gebracht, daß der Volksrat Kurieren 40 Mark, Schreibmaschinendamen 25 Mark als tägliche Löhnung bezahlt. Dies entspricht nicht den Tatsachen. Die Kurieren erhalten bis zur endgültigen Regelung der Löhnungsfrage 30 Mark, die Schreibmaschinendamen 12 Mark täglich, bei täglich 10stündigem Dienst.

Das Gespenst der Hungersnot.

In der „Sozialistischen Korrespondenz“ heißt es in einem Artikel:

In der Konferenz der neuen deutschen Freistaaten hat Eiserer gesagt, es läge nicht darauf an, ob wir sozialisieren, sondern ob wir die nächsten Monate lebend überleben. Das Problem ist hier klar gestellt. Wir haben nicht genug Lebensmittel. Es steht ganz fest, daß wir nicht bis zur nächsten Ernte gelangen können, selbst wenn die Transportverhältnisse einigermaßen normal bleiben. Kurz nach Ostern ist alles vorbei. Haben wir bis dahin nicht Hilfe vom Ausland erlangt, dann sind wir im Wettlauf zwischen uns und dem Tod unterlegen. Auch bis dahin brauchen wir noch Kohle für die Industrie und das Transportwesen, brauchen eine regelmäßige Ablieferung der Lebensmittel durch das Land. Gelingt es nicht, all das zu organisieren und in Ordnung zu halten, dann sind wir schon vor Ostern am Ende. Dann löst sich Deutschland in Hunger und Anarchie auf, und die sofort einrückenden Feinde erscheinen dann noch als Retter.

Die Schuld am Kriege.

Eine deutsche Note.

Berlin, 29. Nov. (WB) Die deutsche Regierung übermittelte durch Vermittlung der Schweizer Regierung folgende Note an die englische, französische, belgische, italienische und amerikanische Regierung:

Für die Herbeiführung des Weltfriedens, für die Schaffung dauernder Sicherheiten gegen künftige Kriege und für die Wiederherstellung des Vertrauens der Völker untereinander erscheint es dringend geboten, die Vorgänge, die zum Kriege geführt haben, bei allen kriegführenden Staaten in allen Einzelheiten aufzuklären. Ein vollständiges wahrheitsgetreues Bild der Vorkämpfe und der Verhandlungen zwischen den Mächten im Juli 1914 und der Schritte, welche die einzelnen Regierungen in dieser Zeit unternommen haben, könnte und würde viel dazu beitragen, die Mauern des Hasses und der Mißdeutung niederzureißen, die während des langen Krieges zwischen den Völkern errichtet worden sind. Eine gerechte Würdigung der Hergänge bei Freund und Feind ist die Vorbedingung für die künftige Veröhnung der Völker, ist die einzig mögliche Grundlage für einen dauernden Frieden und für einen Bund der Völker.

Die deutsche Regierung schlägt daher vor, daß eine neutrale Kommission zur Prüfung der Frage der Schuld am Kriege eingesetzt werde, die aus Männern bestehen soll, deren Charakter und politische Erfahrung einen gerechten Urteilspruch gewährleisten. Die Regierungen sämtlicher kriegführenden Mächte müßten sich bereit erklären, einer solchen Kommission ihr gesamtes Urkundenmaterial zur Verfügung zu stellen. Die Kommission soll befugt sein, alle jene Persönlichkeiten zu vernehmen, die zur Zeit des Kriegsausbruches die Geschichte der einzelnen Länder bestimmt haben, sowie alle Zeugen, deren Aussagen für die Beweiserhebung von Bedeutung sein könnten.

Vom Tage.

Die Sozialdemokraten fordern die Nationalversammlung.

Berlin, 29. Nov. Wie die „Voss. Ztg.“ hört, tagte gestern in Berlin der Parteiausschuß der sozialdemo-

kratischen Partei. Er nahm eine Entschliebung an, in der sich die Partei zu der politischen Gleichberechtigung aller Volksgenossen bekennt. Die Partei erblickt in dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht aller Männer und Frauen die wichtigste Errungenschaft der Revolution, die darin gipfelt, die kapitalistische Gesellschaftsordnung in planmäßiger Arbeit zur sozialistischen umzuwandeln. Die Partei spricht ihre Entschlossenheit aus, die Errungenschaften der Revolution gegen alle gegenrevolutionären Bestrebungen bis auf die letzten zu verteidigen, wendet sich aber zugleich mit Entschiedenheit gegen alle, die dem deutschen Volke das Selbstbestimmungsrecht vorenthalten wollen, sei es auch unter dem Vorwande, es durch die proletarische Diktatur gegen seinen eigenen Willen beglücken zu können. Es wird die schleunigste Einberufung der Nationalversammlung verlangt. Die Genossen im Reich werden aufgefordert, für die Einberufung der Nationalversammlung zu wirken.

Kein Friedensangebot.

Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, wurde in keinem Zeitpunkt des Krieges von feindlicher Seite amtlich oder in hinreichend beglaubigter Form mit einem Friedensangebot an uns herangetreten.

Eine Stunde zu früh.

In der Eröffnungsansprache der italienischen Kammer machte Ministerpräsident Orlando das Geständnis, daß das Geheimnis des Sieges Italiens darin bestünde, daß es um eine Stunde länger ausgehalten habe als der Feind. Damit bestätigt der italienische Ministerpräsident indirekt jene Meldungen, die gleich nach Abschluß des Waffenstillstandes darauf hingewiesen, daß ein nur etwas längeres Standhalten unsererseits den Zusammenbruch Italiens und damit viel günstigere Bedingungen für Österreich-Ungarn zur Folge gehabt hätte.

Großes Hauptquartier und Demobilisation.

Kassel, 29. Nov. Die Meldungen, nach denen die Oberste Heeresleitung von Wilhelmshöhe nach Berlin verlegt werden soll, sind unrichtig. Wie mitgeteilt wird, ist mit Rücksicht auf die durch die Demobilisation zu bewältigenden Arbeiten mit einer Verlegung vor Weihnachten nicht zu rechnen.

Berlin, 29. Nov. Aus Kassel wird der „Voss. Ztg.“ gemeldet: Bis jetzt ist die Demobilisation sehr glücklich durchgeführt worden, und es besteht Hoffnung, daß auch weiterhin ernste Schwierigkeiten nicht hervortreten werden. Ein Konflikt zwischen Berlin und der Obersten Heeresleitung in Wilhelmshöhe besteht nicht. Im übrigen ist noch zu sagen, daß bei der Obersten Heeresleitung die Hoffnung besteht, daß alle Truppen durch den unangenehmen Zwischenfall mit dem Kommandeur der 1. Armee General v. Eberhardt gewarnt und die Zurückschickung der Truppen in die Heimat, wie die vollkommene Demobilisierung im engsten Einverständnis und Zusammenwirken mit der Reichsregierung durchgeführt werden und können.

Belgien vollständig geräumt.

Köln, 29. Nov. Von Aachen aus sind die letzten Truppen landeinwärts gezogen, so daß alle deutschen Truppen rechtzeitig das Feindesland verlassen haben. In Aachen blieb ein Feldlazarett zurück, um etwa noch eintreffende Truppen aufzunehmen. Der Ordnungsmarsch durch das Rheinland vollzieht sich in größter Ordnung. Große Begeisterung herrschte beim Durchzug der Kölner Regimenter, die gestern hier eintrafen. Gegen erneut eintreffende Provokationen einzelner Offiziere wandte sich der Kölner A. und S.-Rat an die Reichsregierung, indem er diese ersuchte, entsprechende Anweisungen an die Truppenführer ergehen zu lassen, um zu verhüten, daß gewalttätige Elemente den Rückmarsch verzögern.

Köln in Erwartung der Feinde.

Köln, 28. Nov. Die „Köln. Volksztg.“ meldet: Gestern früh sind die letzten Truppen von hier weiter gezogen. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß alle deutschen Truppen rechtzeitig Feindesland verlassen konnten. Ein Feldlazarett mit 60 bis 70 Personen beschäftigt noch eine Woche hier zu bleiben, um etwa noch eintreffende Verwundete zu übernehmen. Heute ist die Stadt in Erwartung der Feinde, die Fahnen sind eingezogen.

Die Friedensverhandlungen in Paris.

Genf, 29. Nov. Es bestätigt sich, wie eine Havasnote meldet, daß die Friedensverhandlungen nicht in Versailles, sondern in Paris im Auswärtigen Amt stattfinden werden. Lloyd George wird gleichzeitig mit Wilson eintreffen. Bei der ersten Vollversammlung werden die Delegierten Kommissionen ernennen, die die verschiedenen Fragen in allen Einzelheiten beraten und der Konferenz Bericht vorlegen werden. Die Konferenz wird dann die definitiven Beratungen beginnen. Sie wird drei Monate dauern, und die Unterzeichnung des Vertrages wird nicht vor April erfolgen. — „Echo de Paris“ meldet, daß der Kongressaal in Versailles für die Nationalversammlung instand gesetzt wird, die gleichzeitig mit dem Friedenskongress tagen werde.

Pskow und Dünaburg in den Händen der Russen.

Stockholm, 29. Nov. Die russischen Bolschewiktruppen nahmen Pskow ein. Das Schicksal der dort versammelten russischen freiwilligen Nordarmee ist unbekannt. Teile von ihr gingen zu den Roten über. Eine spätere Meldung besagt, daß auch Dünaburg eingenommen wurde und Narwa beschossen wird. Die deutschen Soldaten beginnen abzugehen. Da gleichzeitig zahlreiche zurückkehrende russische Kriegsgefangene anwesend sind, so wird ein großer Wirrwarr entstehen. Von den bedrohten Gebieten wurde nach Finnland die Bitte um Hilfe gerichtet. Man fürchtet das Schlimmste, falls nicht Hilfe von irgend einer Seite eintrifft.

Die republikanische Bewegung in Italien.

Wien, 29. Nov. Nach Blättermeldungen soll die republikanische Bewegung in Italien durch die Vertreibung der Dynastien Habsburg und Hohenzollern außer-

Herren- und Knaben-Bekleidung

in ganz hervorragender Auswahl empfiehlt

Herren-Anzüge

Jünglings-Anzüge

Knaben-Anzüge

Herren-Paletots

Jünglings-Mäntel

Knaben-Pyjamas

Herren-Hosen

Jünglings-Hosen

Knaben-Hosen

Ferner führe:

Sport-Pelze

in großer Auswahl.

Ersatz-Bekleidung

in Cellulose-Geweben.

Stoffe

zur Anfertigung bester Maßarbeit.

Das Waschen und Verändern von getragenen Kleidungsstücken hilft vielfach über die jetzige Stoffnot hinweg. Dieses wird ebenfalls in meinen Werkstätten zu festgelegten Tarispfeisen tadellos ausgeführt.

Telefon 2060.

Carl Frensdorf, Giessen.

Ecke Neustadt
Bahnhofstr.

Größte Auswahl in Herren- und Knabenbekleidung Oberhessens.

Mein Geschäft ist geöffnet: Werktags: von 8-1 Uhr und 3-7 Uhr
Sonntags: von 11-3 Uhr.

Sonntag, den 1. Dezember, nachmittags 5 Uhr
in der Aula

Versammlung.

Vortrag von Herrn Professor D. Hansen:

„Die Bibel und die Wahrheit.“

Unsere Gemeindemitglieder werden hierzu herzlichst eingeladen.

Herborn, den 30. November 1918.

Der evangel. Kirchenvorstand.

An die werktätige Bevölkerung!

Wir laden die Volksgenossen von Herborn und Umgegend hiermit zu einer außerordentlich wichtigen

sozialdemokratischen Volks-Versammlung

für morgen, Sonntag, den 1. Dezember, nachmittags
2 Uhr in dem Saale des „Nassauer Hof“

zu Herborn

ein Tagesordnung:

1. Unsere Aufgaben inmitten der Revolution.
2. Die Verhältnisse am Orte. Unsere Bewegung. Verschiedene Fragen.

Volksgenossen! Massenbesuch muß die Versammlung auszeichnen. Holt alle herbei, die mit uns sympathisieren, alle, die unserer Bewegung nahesteht. In dieser ersten Zeit darf niemand zurückbleiben. Auch die Frauen müssen zur Versammlung kommen.

Ein Redner des Arbeiterrats Frankfurt a. M. ist schon in Herborn anwesend. Es kommt also niemand umsonst zur Versammlung.

Sozialdemokratische Partei Herborn.

Lichtspieltheater Herborn.

(Saalbau Meßler)

Samstag, den 30. November, abends 8 Uhr,

Sonntag, den 1. Dezember, nachmittags 4 Uhr und
abends 8 Uhr,

Montag, den 2. Dezember, abends 8 Uhr:

In die Wolken verfolgt.

Fliegerdrama in 5 Akten.

Die Kühen-Juno.

Lustiges Filmstück in 2 Akten.

Nur für Wiederverkäufer!

Lagerbesuch in:

Glas, Porzellan, Kurz-, Spiel-,
Emaille-, Blech- und Korb-
waren, Leiterwagen, Kerzen,
Putztücher, Zwirn gegen Bezugsschein

zum bevorstehenden Weihnachtsfeste lohnend.

Albert Rosenthal, Nassau a. d. Lahn.

Reichsbank-Girokonto.

Fernsprecher 43.

L. Pfeiffer

Postscheck-Konto

Frankfurt a. M. Nr. 18450

Depositenkasse Dillenburg Dillenburg.

Hauptgeschäft Kassel :: Zweigstellen Fulda, Hersfeld, Marburg
Wildungen, Witzhausen :: Agenturen Allendorf, Bebra, Hünfeld

Scheckrechnungen

Zinsvergütung: 3 1/2 %

Kostenlose Abgabe von Brief-
schecks, Postkartenschecks,
Ueberweisungsvordrucken und
Scheckbriefen.

Geld für die 9. Kriegsanleihe verzinst sich mit 4 1/2 % bis zum
ersten Einzahlungstage.

An- und Verkäufe von Wechseln und Wertpapieren.

Verwaltung und Verlosungskontrolle von Wertpapieren.

Alle sonstigen bankmäßigen Geschäfte.

Depositen (Spar)-Rechnungen

Zinsvergütung:

3 1/2 % bei täglicher Kündigung

4 % „ 1/4 jährlicher „

Bei längerer Kündigung nach
Vereinbarung

Gießener Pädagogium.

Höhere Volksschule für alle Schularten. Sexta—Oberprima.
Einjährigen, Primarstufe, Kulturwissenschaften-Prüfung.
Individueller Unterricht. Kleine Klassen. Arbeitsstunden.
in etwa 25 000 qm Park. Gute Verpflegung
Charakterbildung durch Arbeit und Pflichten.
Gießen a. d. Lahn, Wilhelmstr. 16, Nähe Universität. Fernr. 2075.
Beste Erfolgschance. Direktor Brackmann.

Maurer, Tagelöhner und Betonarbeiter.

H. W. Rinn, Dillenburg.
Laufenderstein 3.

Rübenschnneider, Rübenmühlen

in verschiedenen Ausführungen empfiehlt

F. W. Rincker, Sinn.

Für Neujahr oder später

Alleinmädchen,

das gut u. selbständig kochen
kann, oder auch Stütze
gesucht. Lohn entsprechend.

Angebote unter Nr. 231
an die Geschäftsst. ds. Bl.

Vanillezucker la.,

Kirschhornsalz,

Backpulver,

Backoblaten

empfiehlt

Drogerie A. Doeck.

Ein fleißiges

Mädchen,

welches melken kann, für
1. Jan. gesucht.

Ad. Rudersdorf,
Bäckerei, Haiger.

Ordentliches

Stundenmädchen oder Frau

gesucht.

Wilhelmstr. 16, I.

Gut möbl. geräumiges

Zimmer

gesucht.

Angebote an die Geschäfts-
stelle ds. Bl.

Neuer

Drogerieschrank

mit Inhalt

zu verkaufen. Näheres in
der Geschäftsst. ds. Bl.

Entlassener

Kriegsteilnehmer.

Sergt. bei einer Fernsprech-
Abteilung, gute Allgemein-
kenntnisse, schriftgewandt,
sucht Beschäftigung.

Gest. Angebote unter W.
5. 2024 a. d. Geschäfts-
stelle ds. Bl.

Preisliste kostenlos!

Alle Formen teils
schon tragende

Obstbäume

Beerensträucher

sowie

Rosen

Ziersträucher und

Alleebäume

empfiehlt

Siegerländer
Baumschulen

Willi Pätzold,

Weidenau (Sieg)

Billigste
Preise!

Machen Sie eine
Probeprobierung.

Kaufe

Schlachtpferde

zu den denkbar. höchst. Preisen

Aug. Kehler, Wehlar

Telefon 192. Lahnstr. 23

Kaufe

Schlachtpferde

zu den höchsten Tages-

preisen. Unfälle werden

schnell erledigt. Zahle hohe

Prov. für Vermittelung.

J. Schwarz, Siegen,

Lenzstraße 3. Telefon 361.

Freibank Herborn.

Montag, vormittags 9 Uhr:

Vollwertiges markenreines

Pferdefleisch.

Evangel. Kirchenchor.

Sonntag, den 1. Dezember

10 Uhr:

Mitwirkung d. Kirchenchors.

Für die uns erwiesene herzliche Teilnahme
bei dem Hinscheiden unseres lieben Vaters
sagen innigen Dank.

Geschwister Schmidt.

Herborn, den 29. November 1918.